



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die letzten Wochen deutscher Politik.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

es verlieren werde; welche Rückwirkung daraus für die katholischen Einzelkirchen, für das ganze Verhältniß von Kirche und Staat erfolgen werde, alle diese Fragen treten im Augenblick zurück gegen die Debatten, welche am 24. October im Palaß Carignan eröffnet werden. Vielleicht wäre es klüger gewesen, die Kammern sofort unter dem ersten günstigen Eindruck einzuberufen. Der Vertrag ist besser auszuführen als zu discutiren. Jetzt haben die Elemente der Opposition Zeit für ihre zeretzenden Intriguen gewonnen. Aber auch der besonnene Theil der Nation hat inzwischen Zeit gehabt sich zu sammeln und seine Ansicht zu klären, und wenn irgendetwas im Stande ist, dem Parlamente den Entschluß zu erleichtern, so ist es das Beispiel Victor Emanuels, der auch diesmal, obwohl er das schwerste Opfer zu bringen hatte, mit Selbstverläugnung vorgegangen ist, und dessen Wagniß, seine Residenz nach Florenz zu verlegen, kaum geringer ist als dasjenige, vor welchem er vor vier Jahren nicht zurückschreckte, als er sein Erbe kühn an die Krone von Italien setzte.

W. L.

Die letzten Wochen deutscher Politik.

Nach vielen Winkelzügen der Dänen sind die Friedensverhandlungen in gutem Fortgange. Es ist jetzt Grund zu der Hoffnung, daß die nächsten Wochen uns den Abschluß des Friedenswerkes bringen. Die Verhandlungen wären wesentlich erleichtert, wenn die deutschen Großmächte den Zwang der kriegerischen Erfolge benutzt hätten, um Dänemark nicht erst zu Verhandlungen um den Frieden, sondern zu definitivem Abschluß der Hauptpunkte zu veranlassen. Daß man einen peinlichen Schwebezustand zwischen Krieg und Frieden duldete, war eine Uebereilung, welche alles in Gefahr zu stellen drohte. Von den Dänen wäre damals ebensowohl eine Unterzeichnung der Friedenspunkte zu erlangen gewesen, als dies Interimisticum. Napoleon der Dritte verstand besser Eisen zu schmieden, da es warm war. Er schloß den Frieden von Villafranca, und ließ darauf die Verhandlungen über das Detail folgen. Glücklicherweise sind die Hoffnungen, welche man in Kopenhagen auf eine mögliche Aenderung der Situation baute, nicht in Erfüllung gegangen, die unvorsichtige Behandlung des Feindes wird ohne wesentlichen Nachtheil bleiben.

Wir dürfen die Herzogthümer jetzt als gerettetes Land betrachten und dieser

frohen Empfindung Ausdruck geben. Daß die pecuniären Lasten, welche auf sie fallen, nicht gering sein werden, soll uns diese Freude nicht stören, denn ein großer Erfolg ist erreicht. Auch für die definitive Regelung der Erbfolgefrage haben sich die Aussichten gebessert.

Es ist lehrreich, die Stellung Preußens und Oestreichs in dieser Frage zu vergleichen. Der König von Preußen selbst hat von Anfang an den Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein als künftigen Regenten der Herzogthümer betrachtet und er hat diese Ansicht festgehalten trotz der Verdächtigungen, welche die regierende Partei in Preußen gegen die politische Gesinnung des Herzogs austreute. Auch Herr v. Bismarck hat, so scheint es, den Widerwillen überwunden, welchen er gegen den Candidaten der liberalen Partei nährte. Wenn er selbst eine Zeit lang für möglich erachtete, dem Ausland gegenüber die Herzogthümer für Preußen zu behaupten, so hat er wenigstens jetzt auch diese Ansicht aufgegeben. In der That war nicht nur der feste Wille des Königs unüberwindlich, auch die Bevölkerung der Herzogthümer, wenigstens Holsteins, war seit Anfang dieses Jahres nicht mehr zu gewinnen, und was die Hauptsache ist: der Erwerb hätte die Stellung Preußens in Europa nicht befestigt, denn er wäre nur durch geheime Verpflichtungen Preußens möglich geworden, welche die Politik des Staates auf Jahre hinaus in eine gefährliche Bahn treiben mußten. Es ist besser so; die Hoffnungen Preußens in Deutschland liegen weder auf dem Wege allmäliger Occupation, noch auf dem der sogenannten moralischen Eroberungen. Sobald der preußische Staat zu einer gedeidlichen Entwicklung im Innern und das preußische Volk zu einem lebhaften Gefühl seiner Kraft gekommen sind, wird der Zwang der materiellen und höchsten politischen Interessen so mächtig werden, daß er bei besonnener Nachhilfe Regierungen und Völker unauflöslich an Preußen fesselt.

Daß Herzog Friedrich den besten Willen hat, mit Preußen die für diesen Staat vortheilhaften Verträge zu schließen, wird jetzt auch in Berlin schwerlich mehr ernsthaft bezweifelt, obgleich wohl noch einmal der alte Groll gegen seine Person und Umgebung durchbricht. Es ist wünschenswerth auch für Preußen, daß die Erbfolgefrage schnell erledigt und die Interessen Preußens durch Verträge gesichert werden. Nach dieser Richtung ist zu wünschen, daß die Ansprüche des Großherzogs von Oldenburg keine lange Verzögerung verursachen. Die Absicht der Großmächte ist, erst das Friedenswerk zu vollenden, dann vom Bund die Entscheidung über die Erbansprüche bewirken zu lassen. Auch Preußen legt offenbar der Candidatur Oldenburgs keine Bedeutung bei und will sich nur aus Courtoisie gegen Rußland das Odium der Ablehnung fern halten.

Während Preußen so den ungewöhnlichen Eindruck eines Geschäftsmannes macht, der spröde, zögernd und widerwillig ein für alle Theile, auch für ihn selbst vortheilhaftes Geschäft abzuschließen säumt, ist das Verhältniß Oestreichs

in der Frage der Herzogthümer noch seltsamer. Auch dort hat die Politik des Grafen Rechberg in dem letzten Jahre eine große Schwenkung gemacht. Die kaiserliche Regierung trat in die Verwicklung mit dänischen Sympathien. Sie befreundete sich allmählig mit der Candidatur des Augustenburger, aber unter der Bedingung, daß aus ihr für Preußen kein Machtzuwachs erfolge. Noch zur Zeit der vielbesprochenen Reise des Herzogs nach Berlin fand diese Befürchtung in der inspirirten wiener Presse lebhaften Ausdruck. Jetzt ist Oestreich so weit, daß es auch gegen die Verträge des neuen Herzogs mit Preußen schwerlich etwas einwenden wird.

Die letzten Gründe dieser großen Umwandlung sind aber zu Wien nicht, wie zu Berlin, in einem glänzenden Wechsel in den Stimmungen des Ministerpräsidenten zu suchen, sie sind veranlaßt durch die gefährliche Situation des Kaiserstaats. Und wer über die Interessen seiner Partei heraus unbefangenen die Lage dieses Staates beurtheilt, darf der Politik des Grafen Rechberg nicht das Zeugniß versagen, daß sie mit verständigem Entschluß und Selbstüberwindung gerade das gethan hat, was für Oestreich das Richtige war.

Oestreich war vor dem Fürstencongreß zu Frankfurt ohne Allirte, ja es war von lauernden Gegnern umgeben, mit Rußland unsühnbar verfeindet, zu Frankreich durch die italienische Frage in einer abgeneigten Stellung, die durch alle gelegentlichen Versuche beider Theile sich zu nähern nicht gebessert werden konnte. Mit Preußen stand das Cabinet von Wien seit dem Ministerium Bismarck in einem Notenkrieg, der so grob geworden war, daß diese Erzeugnisse des diplomatischen Stils noch lange einer bewundernden Zukunft für merkwürdige Documente gelten werden. Nur England war wohlwollend und die Mittelstaaten sympathisirten im Widerwillen gegen Preußen. In dieser Lage suchte der Kaiser sich die kleineren deutschen Staaten fest zu verbinden. Die Tage von Frankfurt erwiesen sich als ein unglücklicher Versuch. Da es nicht gelang den König von Preußen heranzuziehen, da die deutschen Könige die Hoffnung verloren, den alten Dualismus zwischen Preußen und Oestreich, die letzte Grundlage ihrer Existenz, in der neuen Verfassung conservirt zu sehen, so versagten dem Kaiser die Mittelstaaten; an der Widerspenstigkeit der deutschen Verbündeten scheiterte der Versuch. Er gab dem Kaiser die Ueberzeugung, daß auf diese Regierungen nicht zu rechnen, bei ihnen für Oestreich keine Stütze zu finden sei. Die Lehre war nicht verloren; wie bitter die Aufgabe war, von diesem Tage begann die Annäherung an Preußen. Mit guter Haltung ging Graf Rechberg Schritt für Schritt in dem Wege vorwärts, den er für das Heil seines Staates unvermeidlich hielt. Er zögerte und lavirte, so lange er der Ansicht war auf England vertrauen zu können. Als er erfuhr, daß man in England selbst das londoner Protokoll und damit die Herzogthümer preisgab, entschloß er sich wieder kurz und erklärte seine Bereitwilligkeit, die Candidatur

des Herzogs von Schleswig-Holstein zu unterstützen. Aber die Gefahr Oestreichs wurde größer, die englische Diplomatie erwies eine Haltlosigkeit, welche jedes Vertrauen zu ihr nahm. Jetzt blieb in der That nichts als Preußen. Was etwa in Deutschland für die Zukunft gerettet werden konnte, auch das mußte durch Preußen geschehen. Daher der herbe Eifer, mit welchem Oestreich darauf bestand, sich die künftige Zolleinigung mit Deutschland zu sichern. Herr v. Bismarck hat, wie man erzählt, das Verdienst, seinen König von der Reise nach Frankfurt abgehalten zu haben, dieser letzten Forderung Oestreichs aber hat er wahrscheinlich für seine Person mehr eingeräumt, als klug war, und es wird die volle Energie der preussischen Fachministerien nöthig werden, um dem nahenden Gegner auch diese Hintertür verschlossen zu halten.

Unterdeß wurden die Besorgnisse Oestreichs durch die neue Convention zwischen Frankreich und Italien gesteigert. Dies merkwürdige Abkommen prägt das Wesen des Kaisers der Franzosen so deutlich aus, wie vielleicht kein anderes diplomatisches Schriftwerk seiner Regierung. Es ist an sich so einfach, es deckt vorsichtig nach allen Seiten und doch eröffnet es nach allen Seiten lockende Möglichkeiten und vermag wohl eine gänzliche Umgestaltung der italienischen Verhältnisse hervorzubringen. Für Frankreich ist freie Hand gewahrt. Es mag den Papst beschützen, es mag Venetien bei Oestreich erhalten, es kann dem König Victor Emanuel versatten, die weltliche Macht des Papstes dadurch zu erhalten, daß der König den Papst unter seine Vormundschaft zwingt, seine Truppen an die Stelle der französischen setzt und thatsächlich die Herrschaft über Rom behauptet, bis der Augenblick gekommen ist, sie vollständig in Anspruch zu nehmen. Daß man in Rom das Aergste fürchtet, verräth der Zorn der Klerikalen. Zu gleicher Zeit aber hat der Kaiser Sorge getragen, den übrigen Mächten Europas seine friedlichen Absichten auch in dieser Frage vorzulegen. Er verzichtet hochherzig auf eine Occupation, welche fortwährend Vorwürfe gegen die Herrschsucht Frankreichs veranlaßte, er hat den König von Italien gebunden und verpflichtet Ruhe zu halten und das Gebiet des Papstes zu respectiren. Er ist durchaus nicht der Ansicht, den Besitzstand Oestreichs zu gefährden, falls dies ihm nämlich nicht zwingende Veranlassung giebt. Ja er wünscht die Bestimmung Oestreichs zu dem Vertrage, und er wird nichts dagegen einwenden, wenn durch diese Bestimmung in dem Rom, welches keine französische Besatzung mehr hat, dem König von Italien der zu erwartende Einfluß verringert werden sollte.

In Wien war eine erste Wirkung dieser Convention die Erkenntniß, daß jetzt mehr als je ein gutes Verhältniß zu Preußen und Nachgiebigkeit geboten sei. Denn in der That war die Lage so geworden, daß jeder falsche Schritt in einen Krieg mit Frankreich und Italien verwickeln mußte, bei welchem das übrige Europa dem Kaiserstaat nicht das beste Glück gönnen mochte.

Wenn ein Staatsmann das, was er als nothwendig erkannt hat, schnell und ganz thut, wie unwillkommen ihm auch die Nothwendigkeit sei, so verdient er Lob und z. B. nicht die versteckten Angriffe, welche ein großer Theil der östreichischen Presse jetzt dem Grafen Rechberg gönnt.

Allerdings hat er in seinem Staat mit Gegnern zu kämpfen. Das politisirende Publicum Wiens ist ihm abgeneigt, weil er in inneren Angelegenheiten für einen Anhänger des alten Systems und Gegner der Reformideen gilt, welche Herr v. Schmerling jetzt an seinen Namen zu knüpfen verstanden hat.

Gefährlicher ist ihm die Richtung in seiner Diplomatie, welche vorzugsweise durch die bekehrten Ausländer vertreten wird; ihre Grundstimmung ist: Abneigung gegen Preußen, Wunsch, die Mittelstaaten immer noch für die Zwecke Oestreichs zu verwenden und in diesem Augenblick: Wunsch sich Frankreich zu nähern.

Gerade jetzt werden Versuche gemacht, diesen Grundsätzen Geltung zu verschaffen und die Nachricht ist wahrscheinlich nicht ohne Grund, daß die Stellung des Grafen Rechberg gefährdet ist.

Für Preußen sollten diese letzten Schwankungen in den regierenden Kreisen Wiens eine neue Veranlassung werden, die schleswig-holsteinische Sache so schnell als möglich zum Ende zu bringen.

Unterdeß ist die Lage der meisten deutschen Mittelstaaten so schlimm als möglich. Seit den Tagen von Frankfurt ist eine Niederlage auf die andere gefolgt, sie sind nie Günstlinge der öffentlichen Meinung gewesen, jetzt hat sich ihre Schwäche sowohl in den Herzogthümern als in der Zollfrage vor ganz Europa in einer Weise bloßgelegt, welche selbst dem Spott kaum noch eine lohnende Aufgabe stellt. Einige haben ihre Ministerien gewechselt, in anderen sind die innern Zustände fast hoffnungslos. Wer näher zusieht, wird im Ganzen die Verringerung ihrer Bedeutung nicht der Schuld einzelner Personen zumessen, sie ist eine Folge davon, daß sie ihrer Natur nach zur Vertretung größerer nationaler Interessen nicht geeignet sind. Dafür, daß uns Deutschen die brennenden nationalen Fragen nicht fehlen, sorgt man jetzt in Nassau und Kurhessen, und es sieht darnach aus, als würde für unsere Großmächte nach der Entscheidung über die Zukunft der Herzogthümer eine Entscheidung über die Zukunft anderer deutscher Gebiete nöthig werden.